

Antragsteller: Verwaltung Neuendorf

Stellenantrag Verwaltung

Reg.-Nr. 022.1

Bericht/Ausgangslage

Seit 2010 ist die Anzahl Einwohner/innen um rund 500 Personen gestiegen. Dies führt in allen Bereichen der Verwaltung zu Mehraufwand. So sind in der Bauverwaltung eine höhere Anzahl Baugesuche zu verarbeiten, die mehrjährigen Projekte im Bauwesen haben zugenommen und sind zum Teil sehr komplex, in der Steuerverwaltung sind es mehr Steuererklärungen und mehr Steuerrechnungen/Abrechnungen, im Einwohnerwesen (GS) zusätzliche An- und Abmeldungen sowie Mutationen, im Finanzbereich mehr Rechnungstellungen, Mahnungen und Beteiligungen und im Schulbereich mehr Schüler, mehr Klassen, was Mehrarbeit im Schulsekretariat auslöst. Im Bereich AHV-Zweigstelle sind u.a. dadurch mehr Gesuche für Ergänzungsleistung zu verzeichnen.

Neue Aufgaben sind hinzugekommen und etliche Anforderungen sind gestiegen wie z.B.

- die Einführung des harmonisierten Rechnungslegungs-Modells (HRM2)
- die Pflicht, mit neu einreisenden ausländischen Mitbürgern ein Erstinformationsgespräch zu führen sowie
- Kontrolle der Umsetzung der jeweiligen Vorgaben aus dem Erstgespräch
- die Kontrollaufgaben im Bereich der Grenzgänger/innen (z.B. sind diese krankenversichert)
- Einführung des Tools eUmzug
- höhere Anforderungen des Amtes für Raumplanung im Baubereich
- zusätzliche statistische Angaben für das Amt für Gebäude- und Wohnungsregister (GWR)
- Die Submissionsvorgaben werden heute wesentlich strenger umgesetzt, als noch vor Jahren.
- Die Gemeinde Neuendorf hat in den nächsten Jahren sehr viele Projekte aufzugleisen und umzusetzen.

Aufgaben, welche in den letzten Jahren nicht mehr oder nur teilweise bewältigt wurden:

- Keine Pflege des Archivs
- Pflege der elektronischen Ablage nur in Teilbereichen
- Nachführung der Einwohnerkontrolle nur mit massiven Zusatzstunden möglich
- Bauabnahmen können nicht mehr durch den Bauverwalter erledigt werden
- Die Ortsplanungsrevision kann nicht mehr durch den Bauverwalter begleitet werden
- Die Pendenzen bei der Bearbeitung der Baugesuche steigen an
- Keine Stellvertretung des Bauverwalters
- Keine Stellvertretung der Gemeindeschreiberin

Auswirkungen/Risiken bei Nichtbesetzung Stellen:

- Korrekte Nachführung Einwohnerkontrolle kann nicht mehr gewährleistet werden, das hat Auswirkungen auf
- Rechnungstellung (fehlende oder falsch)
- Steuerpflichtige sind nicht erfasst bzw. nicht mutiert, keine oder falsche Steuerrechnungen
- Keine Stellvertretung GS bei Ausfall; teure Lösung für externe Fachpersonen
- Pendenzen Berg Baugesuche wächst weiter an

- Bauabnahmen erfolgen nicht mehr. Konsequenz: Gefahr des widerrechtlichen Bauens, Glaubwürdigkeit der Verwaltung nimmt ab.
- Für sämtliche Projekte der Gemeinde und die Stellvertretung des Bauverwalters wird eine externe Projektleitung und eine teure externe Baufachperson benötigt
- Die rechtlich korrekte Verwaltungsführung ist nicht mehr gewährleistet

Aufgabe	durchschnittliche Menge	durchschnittliche Std.	Total Std.
Bauabnahmen	80	5	400
zusätzliche Baugesuche/Traktanden Baukommission	62	3.5	217
zusätzliche Projekte wie z.B. Dorfhalle	12	42/Mtl	504
ausländische Zuzüger aus CH	40	1.5	60
ausländische Zuzüger aus Ausland	40	4	160
Grenzgänger pro Jahr	130	3	390
eUmzug	85	2	170
zusätzliche Traktanden Gemeinderat seit 2015	91	2.5	228
Verarbeitung der zusätzlichen Steuererpflichtigen	200	3.5	700
Archivpflege jährlich	6	16.8	101
Ortsplanungsrevisionsarbeiten	1	397	397
Total zusätzliche Stunden			3'326
Soll-Stunden 2024		2'083.20	
abzüglich Ferien (durchschnittlich 5 Wochen)		-210.00	
Produktive Arbeitszeit bei 100%		1'873.20	
Total benötigte Stellenprozente			177.57

Antrag

Unter Einbezug der zusätzlichen Ressourcen für die Planungskommission/Ortsplanungsrevision müssten rund 180 Stellenprozente beantragt werden. Mit Abschluss der zusätzlichen Arbeiten für die Ortsplanungsrevision fallen die zusätzlichen Prozente zum Teil weg.

1. Der Gemeinderat beschliesst einstimmig, dass an der Gemeindeversammlung die notwendigen 180 % (150 % + 30 % für die Ortsplanung, bestehend) aufgezeigt werden sollen.
2. Der Gemeinderat ist sich der finanziell angespannten Lage bewusst und beschliesst daher einstimmig, eine Stellenerhöhung von lediglich 150 % zu beantragen. Die 30 % für die Ortsplanung sind darin inbegriffen. Es sollen Erfahrungen in der neuen Zusammensetzung gesammelt und zusätzliche Ressourceneinsparungen sowie Optimierungsmöglichkeiten gesucht werden.
3. Zur Sicherstellung der korrekten Verwaltungsführung wird der Gemeindeversammlung ein Stellenpensum von 150 % mit einem wiederkehrenden Kredit von Fr. 150'000.-- beantragt.